



Niederschrift

32. öffentliche/nichtöffentliche (außerordentliche) Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin: Dienstag, 28.03.2023
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 21:23 Uhr
Ort, Raum: Grundschule am Telegrafenberg, Mensa, Hannah-Arendt-Str. 11

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Frau Tina Lange DIE LINKE

Ausschussmitglieder

Frau Grit Schkölziger	SPD	Abwesend von 18:05 - 19:34 Uhr
Herr Daniel Keller	SPD	Abwesend von 19:30 - 20:30 Uhr; Abwesend ab 21:00 Uhr
Herr Jens Dörschel	Bündnis 90/Die Grünen	ab 17:47 Uhr, Abwesend ab 21:11 Uhr
Herr Denny Menzel	DIE aNDERE	
Frau Sabine Becker	Freie Demokratische Partei	ab 18:11 Uhr; Abwesend ab 20:25 Uhr

sachkundige Einwohner

Herr Roman Böttcher	DIE aNDERE	
Frau Alma Kleen	SPD	
Herr Christian Porath	Freie Demokraten	ab 18:23 Uhr
Herr Mathias Schindler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Ronald Sima	DIE LINKE	

Fach-/Bereichsleitende

Herr Robert Pfeiffer FBL Bildung, Jugend und
Sport

Vertreter der Beiräte

Herr Khalil Ehmed Migrantenbeirat bis 18:47 Uhr

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Wiebke Bartelt Bündnis 90/Die Grünen nicht entschuldigt

Herr Clemens Viehrig	CDU	entschuldigt
Herr Sebastian Olbrich	AfD	nicht entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt
-----------------------------	---------------	--------------

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Tabea Gutschmidt	CDU	entschuldigt
Frau Eileen Hoffmann	BürgerBündnis	nicht entschuldigt

Fach-/Bereichsleitende

Frau Annegret Lauffer		entschuldigt
-----------------------	--	--------------

Vertreter der Beiräte

Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	nicht entschuldigt
-------------------------	----------------	--------------------

Schriftführer/in:

Frau Nicole Heidrich GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Grußwort der gastgebenden Schule mit anschließendem Austausch
- 3 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.02.2023
- 4 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.03.2023
- 5 Rederechte für Mitwirkungsgremien
- 6 Austausch mit dem Oberbürgermeister
- 7 "Brauchen Potsdamer Schulen Verwaltungsleiter*innen?" – Abfrage Kreiselterrat

- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 8.1 Beschluss Rahmenplan Golm 2040
Vorlage: 22/SVV/1236
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
 - 8.2 Verbesserung der Verkehrssicherheit an der Oberlinschule
Vorlage: 23/SVV/0175
Einreicher: Fraktion Freie Demokraten
 - 8.3 Flächendeckendes Lernhilfeprogramm an Potsdamer Schulen
Vorlage: 23/SVV/0147
Einreicher: Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam
 - 8.4 Personalbedarfsanalyse
Analyse zur Sicherung einer aufgabengerechten Personalausstattung der Stadtverwaltung
Vorlage: 23/SVV/0298
Einreicher: Oberbürgermeister, Personal und Organisation
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
 - 9.1 Entwicklung Grundschule am Telegrafenberg - Prüfung Interimslösung i.V.m. aktivem Flächenmanagement
 - 9.2 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung - Sachstand Baumaßnahmen
 - 9.3 Sachstand zur Anpassung der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung 2021 bis 2026
gemäß 21/SVV/1322
 - 9.4 Bericht IT an Schulen
 - 9.5 Tendenzen Ü1/Ü7-Verfahren
 - 9.6 Gemeinsamer Brief von ABS und JHA ans MBS zu den geplanten Lehrpersonalkürzungen
 - 9.7 Räumlichkeiten SV Juventas Crew Alpha im Bürgerhaus am Schlaatz
- 10 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Lange eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 Grußwort der gastgebenden Schule mit anschließendem Austausch

Frau Gronke-Hermann begrüßt die Ausschussmitglieder. Sie betont die sehr gute Zusammenarbeit mit dem Fachbereich 23 – hier vornehmlich mit Frau Hinrichs und Herrn Hinsche. Ferner bedankt Sie sich bei ihrer Vorgängerin, Frau Iwan-Leistner, und bei Ihrem Team inkl. der Elternvertreter. Ohne guten Zusammenhalt wäre der Umzug in die Modulanlage und das Stemmen der Herausforderungen nicht möglich.

Sie weist darauf hin, dass die Räumlichkeiten leider nicht den Rahmenempfehlungen des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBS) entsprechen. Das A und O für den modernen Unterricht sei die Individualität der Klassenraumgestaltung. Derzeit befinden sich viele Räume in Doppelnutzung, nicht nur mit dem Hort. Aufgrund des Lärmpegels in den Horträumen komme es zu Einschränkungen in den Klassenräumen. Diese werden mit dem Aufwuchs der Schule weiter zunehmen. Für die Veranschaulichung stellt Sie eine Präsentation vor (siehe Anlage). Zudem gibt es unterschiedliche Anforderungen an Fachräume, wie für Kunst und Musik. Aufgrund des Platzmangels müssten jedoch beide Fachräume zusammengelegt werden. Daher sei es zwingend notwendig, ab dem Schuljahr 2024/25 die Erweiterung des Modulbaus abzuschließen und eine Turnhalle zu errichten (hier verweist sie auf die ausführliche Schilderung in der Ausschusssitzung am 14.02.2023).

Die Ausschussmitglieder stimmen den Rederechten für Herrn Blum (Schulleiter des Humboldt-Gymnasiums) und Herrn Ronneburger (Elternvertreter der Grundschule Heinrich-Mann-Allee) zu.

Herr Blum verweist nochmal auf die Sanierungsbedürftigkeit der Turnhalle in der Heinrich-Mann-Allee. Diese wurde per Sicherheitsbegehung im Oktober 2021 als nicht ausreichend eingestuft. Man benötige dringend eine Interimslösung am Standort. Derzeit gäbe es eine Übergangslösung zur Nutzung der Sporthalle am Filmpark. Dies sei jedoch nur noch für 1,5 Jahre ausreichend.

Herr Ronneburger schildert seine Bedenken bezüglich des zeitnahen Neubaus, der Erweiterung der Modulanlage und der Turnhallensituation. Hier verweist er auf den offenen Brief an den Oberbürgermeister.

zu 3 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.02.2023

Zu Beginn der Sitzung sind 5 stimmberechtigte Ausschussmitglieder und stellvertretende Ausschussmitglieder anwesend.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben; die Ladung erfolgte ordnungsgemäß.

Frau Lange weist darauf hin, dass für den Tagesordnungspunkt 8.4 Frau Dr. Kletzing parallel im Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion anwesend ist. Der TOP wird bis zur Anwesenheit von Frau Dr. Kletzing zurückgestellt.

Zum Tagesordnungspunkt 7 liegen folgende Rederechte vor:

Frau Schuster – Vertreterin des Kreiselternrates

Herr Lipp – Vizepräsident des BPV, Landessprecher Junger BPV Brandenburgischer Pädagogen-Verband e.V.; Landesverband des Verbandes für Bildung und Erziehung, c/o dbb Beamtenbund und Tarifunion, Landesbund Brandenburg

Frau Schkölziger bittet darum, den Tagesordnungspunkt 8.2 zurückzustellen, bis Frau Becker anwesend ist.

Gegen die Hinweise zur Tagesordnung und die Rederechte gibt es keine Einwände. Die wird **einstimmig angenommen.**

Bezüglich der Niederschrift vom 14.02.2023 hat Herr Sima folgende redaktionelle Änderung zum Tagesordnungspunkt 5.2 Fortschritt Michael-Ende Grundschule / Schulstart:

Herr Hilbert verweist auf die Pressemitteilung vom 31.01.03.2023. [...]

Gegen diese Änderung gibt es keine Einwände. Die **geänderte** Niederschrift vom 14.02.2023 wird **einstimmig angenommen.**

zu 4 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.03.2023

Die Niederschrift vom 21.03.2023 ist bereits erstellt, konnte jedoch noch nicht abgestimmt werden. Der Tagesordnungspunkt wird daher bis zur Sitzung am 16.05.2023 **zurückgestellt.**

zu 5 Rederechte für Mitwirkungsgremien

Frau Lange schlägt vor, dass folgende Mitwirkungsgremien ein dauerhaftes Rederecht im Ausschuss erhalten. Änderungen der Besetzungen sollen der Gremienbetreuung mitgeteilt werden. Meldungen zu Tagesordnungspunkten erfolgen über die Ausschussvorsitzende/den Ausschussvorsitzenden. Ferner erhalten die Mitwirkungsgremien einen festen Platz inkl. Namensschild.

Funktion	Name	E-Mail
Kreisschulbeirat	Franka Herold (bis voraus. Oktober 2023)	franka.herold@lk.brandenburg.de
Kreiselternrat	Annett Hagemann-Rentzsch	ker.potsdam@gmail.com
Kreislehrerrat	Franka Herold	franka.herold@lk.brandenburg.de
Kreisschülerrat	Finn-Niklas Ganz	ksr.potsdam@gmail.com
Jugendbeirat (in	Ron Bulgrin	ronbulgrin@gmail.com

Gründung)		
Stadtsporthund	Anne Pichler	stadtsporthund@potsdam.de
Kinder- und Jugendbüro	Manuela Neels	info@kijuburo-potsdam.de
Stadtjugendring	Julia Schultheiß	sjr@madstop.de
Staatliches Schulamt	Eckhard Dörnbrack	eckhard.doernbrack@schulaemter.brandenburg.de

Dieser Vorschlag wird **einstimmig angenommen.**

zu 6 Austausch mit dem Oberbürgermeister

Es ist 18:05 Uhr. Frau Schkölziger verlässt die Ausschusssitzung. Es sind 4 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist nicht mehr gegeben.

Der Oberbürgermeister begrüßt die Ausschussmitglieder.

1) Besetzung Geschäftsbereichsleitung 2

Der Oberbürgermeister führt zum Besetzungsverfahren aus, dass in dieser Woche ein letzter Bewerber das Assessment Center durchläuft. Insgesamt gibt es drei BewerberInnen. Diese sollen zeitnah den Fraktionen (Aufgrund der Vielzahl der Fraktionen, wird ein/e VertreterIn pro Fraktion benannt) vorgestellt werden.

Es ist 18:11 Uhr. Frau Becker nimmt an der Ausschusssitzung teil. Es sind 5 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist wiederhergestellt.

Ziel ist es, im Mai mit Stimmenmehrheit eine/n BewerberIn zu wählen. Sollte dies nicht möglich sein, müsse das Bewerbungsverfahren aufgehoben und neu gestartet werden.

Derzeit vertritt Frau Dr. Seemann (FBL 24) den Geschäftsbereich 2 nach Innen. Frau Meier (GBL 3) vertritt den Geschäftsbereich 2 nach außen. Hierzu gibt es einen regelmäßigen Austausch mit dem Oberbürgermeister, Frau Meier und Herrn Pfeiffer.

2) Schulentwicklungsplanung

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass es im Rahmen des Ü7-Verfahrens ca. 140 Plätze zur Aufstockung gäbe, die Nachfrage perspektivisch weiter zunehme. Deshalb müssten kurzfristige Lösungen geschaffen werden, durch weitere Verdichtungen. Bei den Schulen gäbe es regelmäßig Spitzenzahlen der Überanwahl. Man überlege daher eine Übergangslösung mittels Modulsystemen zu etablieren.

3) Schulbau / Grundschule Heinrich-Mann-Allee

Die Diskussion zum Tagesordnungspunkt 9.1 wird vorgezogen.

Der Oberbürgermeister führt anhand der beigefügten Präsentation (siehe Anlage) zur Entwicklung der Grundschule am Telegrafenberg aus.

Bis Mai 2023 soll dem Ausschuss ein Fortschrittsbericht zur Sicherung des Schulsports für die Grundschule am Telegrafenberg und das Humboldt-Gymnasium vorgestellt werden. Daher prüfe man gerade auf dem Gelände und in unmittelbarer Umgebung 7 Standorte. Der KIS sei beauftragt worden, eine temporäre Zweifeld-Sporthalle bis ca. Oktober 2024 zu errichten. Die Erweiterung der Modulanlage sollte spätestens zum Schuljahr 2025/26 erfolgen. Für den massiven Schulbau erfolgen derzeit Marktrecherchen. Die Realisierung der Umsetzung soll voraussichtlich zum Schuljahr 2028/29 erfolgen.

Aktuelle führe man Gespräche mit der ProPotsdam bezüglich der Nutzung von Flächen im Bereich Wohnen, welche zum Beispiel für den Sport genutzt werden könnten.

Dem Rederecht von Frau Gronke-Hermann wird zugestimmt.

Sie merkt an, dass die Bedarfsanmeldungen für das Schuljahr 2024/25 bereits im Juni 2022 erfolgt und alternativlos sind. Bezüglich der Auslastung der Klassenräume verweist Sie auf eine Aussage von Herrn Hilbert in der Schulkonferenz, dass diese für maximal 25 SchülerInnen ausgelegt sind. Herr Hilbert bestätigt dies.

Dem Rederecht von Herrn Ronneburger wird zugestimmt.

Er bedankt sich bei der Verwaltung, dass diese seit dem Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung im März so viel getan habe. Man könne nun positiver in die Zukunft blicken.

Der Oberbürgermeister sichert der Schulleitung und den Vertretern der Elternschaft zu, den textlichen Entwurf der Mitteilungsvorlage zum Fortschrittsbericht, in Abstimmung mit dem Fachbereich 23, zuzuleiten.

Bezüglich des Standortes in der Pappelallee berichtet der Oberbürgermeister, dass hier derzeit Planungen durch den KIS durchgeführt werden. Offene Fragen zwischen der LH Potsdam und dem Land sollen in einem Gespräch in ca. zwei Wochen geklärt werden, auch die unterschiedlichen Flächenbedarfe.

4) Kommunaler Medienentwicklungsplan (KMEP) / Lenné-Schule

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass es Ziel sei, den KMEP in der Stadtverordnetenversammlung im September zu beschließen. Eine Vorbefassung werde es im Juni mit dem Jugendhilfeausschuss und dem Ausschuss für Bildung und Sport geben.

Bezüglich des Brandbriefes der Lenné-Schule könne man einen positiven

Ausgang verkünden. Am 29.03.2023 können die geforderten Rechner durch den DIKOM ausgeliefert werden.

5) Kita-Portal

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass der Vertragsentwurf für das Kita-Portal im September 2023 unterzeichnet werden soll.

6) Integrierte Sportentwicklungsplanung

Der Oberbürgermeister merkt an, dass im Juni 2023 die Ausschreibung für die Erstellung einer neuen Sportentwicklungsplanung erfolgt.

7) Haushalt

Der Oberbürgermeister betont die Wichtigkeit eines beschlossenen und genehmigungspflichtigen Haushaltes. Ferner weist er darauf hin, dass die Fördermöglichkeiten über das Brandenburg Paket noch nicht bekannt sind.

In der sich anschließenden Diskussion betont man u.a. die Wichtigkeit der Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek. Auch die Prüfung möglicher PPP-Projekte solle fokussiert werden, welche jedoch in der jetzigen Haushaltslage eher kritisch gesehen werden. Man verständigt sich zum KMEP bezüglich dessen Bindungswirkung nach außen. Der KMEP bindet die Stadt als Schulträger und habe daher eine hohe Bindungswirkung. Ferner geht man darauf ein, dass für die Schul-/Kitainfrastruktur über 300 Mio. EUR eingeplant werden. Die derzeitigen Marktpreise für Container- bzw. Ersatzbauten seien jedoch viel höher als anfangs eingeplant. Auch aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen müssen man jedoch hier Lösungen finden.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass der Austausch im nicht öffentlichen Teil der Sitzung nicht erforderlich sei.

zu 7 "Brauchen Potsdamer Schulen Verwaltungsleiter*innen?" – Abfrage Kreiselterrat

Frau Schuster stellt die Abfrage des Kreiselterrates, welche im November 2022 gestartet und jetzt ausgewertet wurde, vor. Sie selbst ist die Initiatorin der Abfrage "Brauchen Potsdamer Schulen Verwaltungsleiter*innen?". Neben einer Zusammenfassung der Rückmeldungen von 46 Schulen stellt sie auch Ideen bzgl. einer Umsetzung vor.

Auch Herr Lipp bekräftigt die Schlussfolgerung der Abfrage. Es werden dringend Verwaltungsfachkräfte an den Schulen benötigt, um LehrerInnen (LuL) zu entlasten und das Berufsbild LehrerInnen wieder zu stärken. Die könne u.a. dadurch erfolgen, dass die Stellenbewertung für SchulsekretärInnen angepasst werde mit entsprechender Aufstockung der Stundenzahl, oder die Ausschreibung von Verwaltungsfachkräften.

In der sich anschließenden Diskussion wird der Bedarf dieser Entlastung für LuL

deutlich gesehen. Die Ausschussmitglieder bedanken sich für die umfangreiche Darstellung der Abfrage und nehmen die Anregungen der Lösungsansätze mit in den politischen Raum.

zu 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 8.1 Beschluss Rahmenplan Golm 2040

Vorlage: 22/SVV/1236

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Frau Waberski stellt den Rahmenplan Golm 2024 anhand einer Präsentation (siehe Anlage) vor.

In der sich anschließenden Diskussion geht man u.a. auf die in der Präsentation erwähnten Schul- und Kitastandorte ein. Die Schulentwicklungsplanung gäbe noch nicht einen so weiten Planungseinblick vor. Man sei im Austausch mit dem Bereich Bau und Betrieb Kita / Schule (235). Derzeit werden städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen durchgeführt. Die soziale Infrastruktur solle in Anlehnung an den Stadtteil Krampnitz ebenfalls zuerst ausgebaut werden, ehe der Wohnungsbau folgt.

Es ist 19:34 Uhr. Frau Schkölziger nimmt wieder an der Ausschusssitzung teil. Es sind 6 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

Ferner verständigt man sich, dem Votum des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität vom 23.03.2023 zu folgen.

Frau Lange stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Der Rahmenplan Golm 2040 bildet die planerische und konzeptionelle Grundlage für die weitere Entwicklung des Ortsteils und des Innovationsstandortes Golm und ist u.a. bei Bebauungsplanverfahren zu berücksichtigen.
2. Der Rahmenplan Golm 2040 ist eine langfristige, gemeinsame Strategie- und Arbeitsgrundlage mit Selbstbindung für die Stadtverordnetenversammlung und die Verwaltung.
3. Die aufgezeigten Handlungsfelder und Maßnahmen sind durch die Verwaltung konzeptionell, finanziell und zeitlich zu konkretisieren.
4. Der Rahmenplan Golm 2040 ist – im Rahmen eines entwicklungsbegleitenden Monitorings – regelmäßig auf seine Aktualität zu prüfen und hinsichtlich seiner planerischen Grundzüge fortzuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **5**

Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Die Beschlussvorlage wird **ungeändert beschlossen.**

zu 8.2 **Verbesserung der Verkehrssicherheit an der Oberlinschule**

Vorlage: 23/SVV/0175

Fraktion Freie Demokraten

Frau Becker bringt den Antrag für die Fraktion Freie Demokraten ein.

Herr Hilbert führt aus, dass sich die LHP mit den beteiligten Fahrdiensten und der Oberlinschule zur Gefahrensituation in der Straße Alt Nowawes [zwischen Rudolf-Breitscheid-Str. und der Einfahrt zur Oberlinschule – Höhe Neue Str.] abstimmen und sich zu ggf. straßenbaulichen Möglichkeiten austauschen wird, um eine einvernehmliche Lösung zu finden. Die Verwaltung wirbt um eine positive Abstimmung zum Antrag.

Herr Menzel weist darauf hin, dass die derzeitige Durchfahrt auf dem Gelände durch Baumaßnahmen gesperrt sei. Diese Gefahrensituation werde mit Beendigung der Baumaßnahmen wieder behoben sein.

Frau Lange stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen – unter Einbeziehung der Oberlinschule - wie die Verkehrssituation in der Straße Alt Nowawes (zwischen Rudolf-Breitscheid-Str. und der Einfahrt zur Oberlinschule – Höhe Neue Str.) bei der Abholung vor allem am Nachmittag durch Fahrdienste verbessert werden kann, um Gefahrensituationen für den Autoverkehr und die Fahrradfahrer zu vermeiden. Hierbei ist darauf zu achten, dass die Schüler auch weiterhin unkompliziert und schnell abgeholt werden können.

Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im Q4 2023 mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Der Antrag wird **ungeändert beschlossen.**

zu 8.3 **Flächendeckendes Lernhilfeprogramm an Potsdamer Schulen**

Vorlage: 23/SVV/0147

Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Frau Lange bringt den Antrag für die Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam ein.

Herr Xhyra stellt das Flächendeckende Lernhilfeprogramm an Potsdamer Schulen anhand einer Präsentation vor (siehe Anlage). Die Junge VHS besteht aus drei Grundpfeilern: Schulunterstützung für spezifische Schulbereiche, Lernhilfe vor Ort und dem Ferienprogramm. Die Pilotphase Lernhilfe Deutsch ist in Kooperation mit der Weidenhof-Grundschule im September 2021 gestartet. Seit Januar 2022 bis Juni 2023 erfolgt die Etablierung der Lernhilfe durch das Bundesprojekt „Aufholen nach Corona“ an der Weidenhof-Grundschule, der Grundschule Am Priesterweg und der Grundschule am Humboldtring. Bis Juni 2023 kann die pädagogisch-organisatorische Planung und Durchführung durch Mitarbeitende der VHS gesichert werden. Ab Juli 2023 müsste eine neu zu schaffende Stelle der Programmbereichsleitung eingerichtet werden. Diese befindet sich derzeit in Prüfung.

Herr Schindler erkundigt sich, inwiefern die Bildungsgerechtigkeit über BuT-Mittel [Bildung und Teilhabe] gewährleistet werden kann.

Herr Pfeiffer stellt eine Berichterstattung zur nächsten Ausschusssitzung in Aussicht.

In der sich anschließenden Diskussion wird der Bedarf zur Ausweitung dieses Programmes an allen Potsdamer Schulen deutlich. Hierfür bedarf es jedoch weit mehr Stellenanteile, welche im Haushalt etatisiert werden müssten. Mit der einen, in Prüfung befindlichen Stelle der VHS, wäre nur eine Sicherstellung des Projektes an den drei Standorten möglich.

Frau Lange stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwiefern die Volkshochschule Potsdam kostenlose Unterstützungsangeboten in den Fächern Mathematik, Deutsch und Englisch den Schüler:innen Potsdamer Schulen zum Schuljahr 2023/2024 – auch dezentral – anbieten kann. Darüber hinaus sollen Orte geschaffen werden, an denen Kinder niederschwellige Unterstützung bei allen Fragestellungen rund um Unterricht und Schule erfahren sollen. Dabei sind die Erfahrungen der „Wiener Lernförderung - 2.0“ sowie Möglichkeiten von Förderprogrammen mit in die Prüfung einzubeziehen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist über die Prüfung und den weiteren Vorgang in ihrer Juni-Sitzung 2023 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

Frau Becker stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Vorziehung des Tagesordnungspunktes 9.6, da Sie terminlich die Sitzung verlassen müsse.

Der Geschäftsordnungsantrag wird **einstimmig angenommen.**

zu 8.4 Personalbedarfsanalyse
Analyse zur Sicherung einer aufgabengerechten Personalausstattung der Stadtverwaltung
Vorlage: 23/SVV/0298
Oberbürgermeister, Personal und Organisation

Herr Keller nimmt um 20:30 Uhr wieder an der Sitzung teil. Es sind 5 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet.

Frau Dr. Kletzing visualisiert die Personalbedarfsanalyse mittels einer Präsentation (siehe Anlage). Für alle Geschäftsbereiche könne man mittels 290 zusätzlicher VZE alle pflichtigen Aufgaben erfüllen. Man werde ein standardisiertes Prozessmanagement mit einem externen Dienstleister etablieren, der Antrieb für die konsequente und nachhaltige Optimierung aller Arbeits- und Geschäftsprozesse hinsichtlich Effizienz, Effektivität, Qualität und Nutzerorientierung.

In der sich anschließenden Diskussion geht man u.a. auf die Stellenbesetzungsquote des KIS ein, welche unter dem Durchschnitt innerhalb der LHP liegt. Bezüglich der Projektleiterstellen betone man die besondere Priorität, ggf. sei eine Stellenhebung erforderlich. Bezüglich des Prozesses der Stellenausschreibung wird bei unzureichender Bewerberlage ein Up-Skilling vorgenommen, berufsähnliche Ausbildungen werden somit berücksichtigt. Auch werden andere Attraktivitätsvorgaben über Zulagen angeboten und ein Arbeitgebermarketing betrieben.

Frau Lange führt aus, dass im Stellenplan 2 VZE inklusive der Sekretariatsstelle für den Grundschulstandort Krampnitz und die Michael-Ende-Grundschule im Bereich der Schulsekretariate fehlen, obwohl dies eine pflichtige Aufgabe der LHP ist, zuzüglich 2 weiterer notwendiger Springerstellen.

Herr Pfeiffer ergänzt, dass der Fachbereich 23 diese Stellen angemeldet hat, diese jedoch nicht genehmigt wurden. Hier wurden innerhalb des Geschäftsbereiches andere Priorisierungen im Rahmen der Kinderhilfe vorgenommen.

Frau Lange stellt die Mitteilungsvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

Die Mitteilungsvorlage wird **ungeändert beschlossen.**

Es ist 20:30 Uhr. Herr Keller verlässt die Ausschusssitzung. Es sind 4 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist nicht mehr gegeben.

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung

zu 9.1 Entwicklung Grundschule am Telegrafenberg - Prüfung Interimslösung i.V.m. aktivem Flächenmanagement

Diskussion zum Tagesordnungspunkt 9.1 wird unter dem Tagesordnungspunkt 6 – Austausch mit dem Oberbürgermeister geführt.

Herr Keller erklärt, dass sich seine Nachfrage zum aktiven Flächenmanagement erledigt habe.

zu 9.2 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung - Sachstand Baumaßnahmen

Herr Schnitzler stellt den Fortschrittsbericht Baumaßnahmen an Schulen und Sportstätten anhand einer Präsentation vor (siehe Anlage). Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit verkündet er, dass es lediglich bei der Turnhalle Kurfürstenstraße zu Verzögerungen käme.

zu 9.3 Sachstand zur Anpassung der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung 2021 bis 2026 gemäß 21/SVV/1322

Herr Hilbert trägt folgenden Sachstand vor: Das Gymnasium Bornstedt [Standort Voltaireweg] wird ab dem Schuljahr 2023/2024 vierzünftig aufwachsen. Für die Anzahl der SchülerInnen stehen ausreichend Räume zur Verfügung, da die Schule noch eine Modulanlage erhält, in der vornehmlich Fachräume, aber auch allgemeine Unterrichtsräume entstehen werden. Das OSZ I wird keine weiteren Räume abgeben müssen. Am Standort des Gymnasiums Bornstedt in der Pappelallee laufen erste Planungsrunden mit den Architekten. Die Modulanlage C der Schule am Schloss [An der Esplanade] ist in Vorbereitung und liegt aktuell im Zeitplan. Die Planungen zur Sporthalle laufen aktuell.

zu 9.4 Bericht IT an Schulen

Frau Kühnlein geht auf den DIKOM als Vertragspartner ein. Das MDM-System [Mobile Device Management] für Apple iPads steht kurz vor dem Rollout. Der Kick-off Termin mit den Schulen ist für den 14.04.2023 avisiert. Der Vertrag für das Zahntechniklabor am OSZ III ist fast unterschiftsreif. Die Lenné-Schule wird am 29.03.2023 mit den gewünschten PCs und Monitoren ausgestattet. Bezüglich des Rahmenvertrages für den Glasfaserausbau an allen Schulen, werden die Baumaßnahmen weitestgehend nach den Sommerferien abgeschlossen sein. Bis Ende 2023 haben dann alle Schulen eine Breitbandanbindung. Die internen Verkabelungen werden vor Ort durch den DIKOM überprüft und mittels Fördermittel aus dem Digitalpakt (DiPa) realisiert. Für den Rahmenvertrag der Präsentationstechnik gäbe es bereits einen Hauptausschuss-Beschluss. Die Finanzierung erfolgt ebenfalls über DiPa-Mittel. Ferner werde es weitere Rahmenverträge mit dem DIKOM geben, so z.B. für den Support, Kauf, Rollout etc.

In der sich anschließenden Diskussion wird hinterfragt, inwieweit die Individualität z.B. für „Selbstbastelsysteme“ der Profilklassen der Lenné-Schule gewährt werden kann. Dies sei möglich, jedoch mit erheblichen finanziellen

Mehraufwendungen der strukturierten Verkabelung verbunden. Die Nachfrage zur Jamf-Software bezieht sich vornehmlich auf elternfinanzierte Endgeräte. Im Rahmen des KMEP werden auch unter dem Sozialaspekt gewisse Standardisierungen für den Support erfolgen. Das alte MDM-System wird durch Jamf (Support durch den DIKOM) abgelöst. Dies gilt nur für die Geräte, welche durch die LHP bereits den Schulen zur Verfügung gestellt wurden. BYOD-Geräte werden nicht in das MDM-System aufgenommen. Diese Geräte können zwar das schulinterne WLAN nutzen, werden aber nicht durch den Fachbereich 54 supportet.

zu 9.5 **Tendenzen Ü1/Ü7-Verfahren**

Frau Lange führt aus, dass das Staatliche Schulamt an der heutigen Ausschusssitzung leider nicht teilnehmen kann. Es wurden jedoch Stellungnahmen zum Ü1- und Ü7-Verfahren im Vorfeld der Sitzung an die Ausschussmitglieder versandt. Rückfragen können an die Gremienbetreuung gesandt werden.

Herr Sima betont, dass es ein Recht auf die allgemeine Hochschulreife gäbe. Er fragt ob weiterhin gilt, wenn Eltern die Beschulung an einem Gymnasium wünschen, dass diesem Wunsch auch gefolgt werden muss.

Man verständigt sich, diesen Tagesordnungspunkt im Mai bzw. im Juni 2023 wieder aufzurufen, wenn die abschließenden Ergebnisse zum Ü7-Verfahren bekannt sind.

zu 9.6 **Gemeinsamer Brief von ABS und JHA ans MBS zu den geplanten Lehrpersonalkürzungen**

Frau Lange bringt das Anschreiben zum offenen Brief ein. Ferner weist Sie darauf hin, dass am 24.03.2023 ein Gesprächstermin mit der Ministerin Ernst stattgefunden hat. Anwesend waren für den Bildungsausschuss: Frau Lange, Frau Schkölziger und Frau Hagemann-Rentzsch. Für den Jugendhilfeausschuss haben Herr Reimann und fünf weitere VertreterInnen teilgenommen. Trotz der Bekräftigung der beiden Ausschüsse und auch der Kritik in der Landtagssitzung vertritt die Ministerin weiterhin ihr Vorgehen der Stellenumsetzung bzw. –kürzung. Man habe sich deshalb mit dem Jugendhilfeausschuss verständigt, zum bereits beschlossenen offenen Brief des Jugendhilfeausschusses vom 16.03.2023, ein Anschreiben zu formulieren.

In der sich anschließenden Diskussion bringt Frau Becker folgende Änderung zum Anschreiben ein:

Die beabsichtigte Umwidmung von 200 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer in Stellen für Schulsozialarbeit und Schullassistenz muss einhergehen mit der **Prüfung zur langfristigen Schaffung weiterer Stellen für Lehrkräfte.**

Frau Schkölziger bringt folgende Änderung ein:

~~Nach Diskussion der momentan von Ihnen geplanten Änderungen hat der~~

~~(haben der)? Jugendhilfeausschuss der Landeshauptstadt Potsdam am 16.3.2023 (und der Ausschuss für Bildung und Sport am...) ? nachfolgenden Offenen Brief beschlossen. Wir bitten um Kenntnisnahme und Stellungnahme, vielen Dank.~~

Flankiert werden muss es mit dem zügigen Ausbau der multiprofessionellen Arbeit an Schulen. Dafür erwarten wir zeitnah entsprechende Pläne.

In der sich anschließenden Diskussion zu den eingebrachten Änderungsvorschlägen, zieht Frau Becker ihre Änderung zurück.

Frau Lange stellt den offenen Brief des Jugendhilfeausschusses vom 16.03.2023 zur Abstimmung.

Abstimmung:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	2
Stimmhaltung:	1

Der offene Brief des Jugendhilfeausschusses wird **abgelehnt**.

Frau Lange stellt die Änderung von Frau Schkölziger zum Anschreiben zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **geändert beschlossen**.

In der sich anschließenden Diskussion verständigt man sich, dem geänderten Anschreiben den offenen Brief des Jugendhilfeausschusses als Anlage beizufügen. Frau Lange versendet beide Dokumente postalisch und per Mail.

Frau Becker verlässt um 20:25 Uhr die Sitzung. Es sind nun 4 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist nicht mehr gegeben.

zu 9.7 Räumlichkeiten SV Juventas Crew Alpha im Bürgerhaus am Schlaatz

Frau Lange verweist auf die Stellungnahme des KIS an Herrn Böttcher vom 17.03.2023.

Die Anfrage von Herrn Böttcher an den KIS vom 08.03.2023

Gemäß der Beschlussfassung des Antrags 23/SVV/0019 sollen dem Sportverein Juventas Crew Alpha leerstehende Räumlichkeiten im Kellergeschoss des Bürgerhauses am Schlaatz zur Verfügung gestellt werden. Über den Verein vernahm ich, dass es bereits Gespräche zwischen KIS und Verein gab, was sehr erfreulich ist. Allerdings wurde seitens des KIS gegenüber dem Verein geäußert, dass es sich dabei lediglich um eine temporäre Lösung handeln soll. Davon ist aber weder im Antrag noch in der Begründung die Rede. Daher würde ich gern wissen, inwiefern solche Aussagen seitens des KIS kolportiert werden und wenn

ja, warum?

Antwort des KIS vom 17.03.2023

Der KIS kolportiert weder die Drucksache noch dessen Aussagen. Zum nächstmöglichen Zeitpunkt, voraussichtlich ab April 2023 wird ein zeitlich befristeter Mietvertrag zwischen dem KIS und KUBUS (Träger für das Bürgerhaus) mit einem reduzierten Mietzins für die leerstehenden Räumlichkeiten der Sauna im Bürgerhaus geschlossen.

Der Befristung erfolgt vor dem Hintergrund der bestehenden Sanierung des Bürgerhauses (u. a. auch aus Fördermitteln des Mauerfonds) und dem gegenwärtig laufenden Beteiligungsverfahren zur weiteren Nutzung des Bürgerhauses. Aktuell ist die tatsächliche Nutzung und somit die Gestaltung aller vertraglichen Beziehungen, Verortungen und baulichen Veränderungen noch völlig ergebnisoffen und somit keine Planungssicherheit für unbefristete Verträge. Je nachdem wie das Beteiligungsverfahren ausgeht, wäre auch spätestens mit Sanierung des Bürgerhauses, das Bürgerhaus oder auch nur Teile davon leerzuziehen.

Daraus ergeben sich keine weiteren Nachfragen.

zu 10 Sonstiges

Herr Pfeiffer geht auf den offenen Brief der freien Träger [Der mangelnden Grundversorgung von Kindern und Jugendlichen im Potsdamer Stadtteil am Schlaatz muss unverzüglich und entschieden entgegengewirkt werden] vom 23.03.2023 ein. Er betont, dass für den 12.04.2023 ein Gesprächstermin angesetzt wird. Ferner weist er auf deutliche Bearbeitungsrückstände innerhalb des Geschäftsbereiches 3 zur BuT-Abrechnung hin. Hier sei er im regen Austausch mit Frau Meier. Man wolle prüfen, inwiefern eine Vereinfachung bzw. Verkürzung der Antragstellung möglich sei. Er stellt eine erneute Berichterstattung für den 16.05.2023 in Aussicht.

Frau Lange weist die Ausschussmitglieder darauf hin, dass die nächste Ausschusssitzung im Schulzentrum am Stern stattfindet. Um 17:00 Uhr wird es dort eine Führung geben.

Frau Lange schließt um 21:23 Uhr die Sitzung.